

Niederschrift

über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Ausschusses für Energie, Bau und Verkehr
von Dienstag, 08.12.2020,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 15:09 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Jens Marco Scherf.

Für den in der Zeit von 15:15 Uhr bis 16:03 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Armin Bohnhoff
Herr Roland Eppig
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn
Herr Cornelius Faust
Herr Thomas Köhler
Frau Hannelore Kreuzer ab 15:30 Uhr
Frau Helga Raab-Wasse
Herr Siegfried Scholtka
Herr Rudi Schuck
Herr Stefan Schwab
Frau Sabine Stellrecht-Schmidt
Herr Dietmar Wolz

Entschuldigt gefehlt haben:

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Dittrich, B 5.1 Zu TOP 3.2
Herr Krämer, Kämmerer Zu TOP 3.1 und 3.2
Herr Wosnik, Kreisbaumeister
Frau Zipf-Heim, B 1.1 Schriftführerin

Ferner haben teilgenommen:

Herr Kreisrat Adrian Zu TOP 4
Herr Kreisrat Schötterl Stellvertreter des Landrats

Vor Einstieg in die Tagesordnung bittet Landrat Scherf das Gremium um Zustimmung, einen zusätzlichen TOP 4– Antrag des Kreisrats Adrian, DIE LINKE, zu einer möglichen Querung der MIL 38 in Großwallstadt, mit aufzunehmen. Dies sei zwar Angelegenheit der staatlichen Verkehrsbehörde, aber da es eine Kreisstraße sei, möchte er Herrn Kreisrat Adrian dennoch die Gelegenheit geben, sein Anliegen vorzutragen.

Der Ausschuss für Energie, Bau und Verkehr stimmt einstimmig zu, den TOP informativ zu behandeln.

Tagesordnung:

- 1 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- 2 Güterverkehr Schienenverkehr
Information
- 3 Haushalt 2021 - Immobilien, Gebäudewirtschaft

Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2021 des Landkreises Miltenberg
- 3.1 Aufwandsbudget und Investitionsprogramm Hochbau

Beratung und Beschlussfassung über den Kreisstraßenhaushalt 2021 und Zustimmung
zu den Projektausführungen im Landkreis Miltenberg
- 3.2
- 4 nachträglich auf TO: Antrag Andreas Adrian, DIE LINKE, zu einer möglichen Querung der MIL 38 in Großwallstadt
- 5 Anfragen - Dr. Fahn zum RVK

Tagesordnungspunkt 1:

Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung

Der Kreisbaumeister Herr Wosnik trägt vor, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Energie, Bau und Verkehr am 21.09.2020 folgende Aufträge vergeben wurden:

Photovoltaik-Ausbauprogramm – Ausbaustufe 1

Vergabe für die Liegenschaften Landratsamt Miltenberg, Johannes-Butzbach-Gymnasium Miltenberg und Main-Limes-Realschule Obernburg

Los 1 Landratsamt Miltenberg	92.846,40 €
Los 2 Johannes-Butzbach-Gymnasium Mil.	100.207,76 €
Los 3 Main-Limes-Realschule Obernburg	77.134,20 €

Glasreinigung in den landkreiseigenen Liegenschaften

Reinigungsleistungen	137.201,03 €
----------------------	--------------

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

Güterverkehr Schienenverkehr Information

Herr Wosnik, Kreisbaumeister, informiert, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Energie, Bau und Verkehr bereits über die Machbarkeitsstudie für eine Steigerung des Güterverkehrs auf der Schiene im Landkreis Miltenberg berichtet wurde.

Am 04. November fand im Ministerium eine Sitzung im Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr statt, in der Landrat Scherf, MdL Rüth, Bürgermeister Schmitt und KBM Wosnik Frau Ministerin Schreyer und ihren Mitarbeitern den Sachverhalt erläutern durften.

Der Freistaat Bayern plant zurzeit eine gleichartige ausgerichtete Studie für Bayern auszu-schreiben, die ebenfalls Potentiale des Güterverkehrs herausarbeiten soll.

Ministerin Schreyer sicherte in dem Termin zu, das Vorhaben des Kreises zu unterstützen. Es wurde auch vereinbart, die Leistungsbeschreibungen für die Untersuchung des Freistaates und die Machbarkeitsstudie des Landkreises abzugleichen, um sicherzustellen, dass keine doppelte Erhebung von Daten erfolgen muss.

Auch dem Vorschlag des Landrats, als kurzfristige fahrplanstabilisierende Maßnahme die Bestellung eines zusätzlichen Triebwagens der Baureihe VT 642 durchzuführen, zeigte sich die Ministerin offen gegenüber.

Mit Schreiben vom 12. November wurde den Mitgliedern des Ausschusses für Energie, Bau und Verkehr, die Interesse an einer Mitwirkung bei der Ausarbeitung der Leistungsbeschreibung gezeigt hatten, diese zur Kommentierung zugeleitet. Seitens Kreisrat Fahn ist zu der Leistungsbeschreibung der Wunsch geäußert worden, die Formulierung zu dem zweigleisigen Ausbau der Strecke Miltenberg-Aschaffenburg in der Leistungsbeschreibung vom formulierten „eventuellen Ausbau“ zu einem (geforderten) Ausbau zu ändern, da seiner Ansicht nach die Eingleisigkeit der Strecke keine weiteren Kapazitäten für den Güterverkehr zulässt.

Landrat Scherf ergänzt, dass die Ministerin am 25.11.2020 in einem Schreiben alle Vereinbarungen bestätigt habe. Momentan würden bereits die Abstimmungen zwischen dem UB 5 mit dem Verkehrsministerium laufen.

Kreisrat Dr. Fahn regt an, in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob der Müll aus dem Landkreis mit dem Zug nach Schweinfurt transportiert werden könne.

Landrat Scherf antwortet, dass dieses Thema mit untersucht werde.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3:

Haushalt 2021 - Immobilien, Gebäudewirtschaft

Tagesordnungspunkt 3.1:

Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2021 des Landkreises Miltenberg Aufwandsbudget und Investitionsprogramm Hochbau

Herr Wosnik, Kreisbaumeister, informiert, dass aus der Jahresabfrage an den Schulen des Landkreises und ergänzenden Besprechungen mit den Schulleitern der UB 5 einen Vorschlag für den Haushalt 2021 erarbeitet hat.

Insgesamt wird das Aufwandsbudget des Landkreises wieder auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden, obwohl erstmals seit 2006 die allgemeine Baukostensteigerung rückläufig war (- 2 %).

Zusammenfassend stellt sich folgendes Budget dar:

Aufwandsbudget 2021	
1.466.950 €	Allg. Bauunterhalt und Reparaturen
402.100 €	Wartungskosten
457.000 €	Energiemanagement
46.100 €	Mobiliar/Ausstattungen Aufwand und Invest
214.500 €	Außenanlagen
2.586.650 €	Summe
25.000 €	Budget für Maßnahmen Klimaschutzmanagement
2.611.650 €	Gesamtsumme

Bauunterhalt:

Wesentliche Punkte im Bauunterhalt sind:

Im **Landratsamt in Miltenberg** ist im Rahmen des Bauunterhalts ein Austausch der Sicherheitsbeleuchtung im Hauptgebäude vorgesehen.

In der **Dienststelle Obernburg** ist die elektrische Nachrüstung der RWA-Fenster im Treppenhaus erforderlich.

In der **Realschule Elsenfeld** soll die Netzwerkverkabelung der IT-Räume geändert werden. Ebenso ist der Austausch der Brandmelder erforderlich.

Auch beim **Julius-Echter-Gymnasium** in Elsenfeld müssen die Brandmelder ausgetauscht werden. Der Sonnenschutz im 1. OG wird ergänzt und der Anschluss der Netzersatzanlage hergestellt.

Auch die Beleuchtung der **Heinrich-Ernst-Stötzner-Schule** Miltenberg soll durch eine hellichtabhängige Beleuchtungssteuerung verbessert werden.

Für die **Berufsschule Obernburg** sind die Nachrüstung der Hausalarmanlage und neue Brandmelder im Zentralbau vorgesehen. Der Umbau des Außenlagers wurde wegen der bestehenden Problematik mit dem Nachbarn leider auf 2021 verschoben.

In der **Berufsschule Miltenberg** wird nur im geringen Umfang Bauunterhalt ausgeführt.

Die **Fachoberschule Obernburg** wünscht sich eine Lehrerdusche, die wir hier jedoch zunächst zur Diskussion stellen.

In der **Untermainhalle Elsenfeld** sind ebenfalls umfangreiche Maßnahmen geplant. Ein noch aus der Errichtungsphase der Halle anstehender Punkt ist die Erneuerung der Brandschutzklappen und Zugangstüren von den Rängen zum Foyer. Ebenfalls ist hier der turnusmäßige Tausch der Brandmelder erforderlich. Die Halle soll zudem eine Überarbeitung der Medientechnik (hier akustische Anlage) erfahren.

Weiterhin wesentlich ist der Tausch der Lüftungsanlage für die Kleine Halle (**'Korczak-Halle'**).

An der **Dreifachturnhalle Miltenberg** muss das Dach der Geräteräume überarbeitet werden.

In der **Heizzentrale Obernburg** werden die Steuerungstechnik und die Hydraulik der Heizungsanlage überarbeitet.

Schlussendlich wird das Gebäude auf dem **Jugendzeltplatz in Zittenfelden** im Bereich der Fassade auf einen aktuellen Stand gebracht (Austausch Fenster und Fassade). Ebenso werden die technischen Anlagen überarbeitet (Gastherme, Kamin, Leitungen und Solaranlage) und Fliesen verlegt.

Erstmals ist auch eine Annahme für das Karl-Ernst-Gymnasium in Amorbach im Haushalt mit aufgeführt.

Energiemanagement:

Als größte Maßnahme im Energiemanagement ist der Austausch der Wärmeerzeugung im **Landratsamt Miltenberg** vorgesehen.

Umfangreiche Maßnahmen sind in der **Janusz-Korczak-Schule** in Elsenfeld geplant. Das Energiemanagement soll verbessert und ein Teil der Beleuchtungsanlage ausgetauscht werden.

Mobiliar:

Das Mobiliar wird in diesem Jahr in einem Gesamtansatz aufgeführt. Die Ansätze im Aufwandsbudget (525524) sowie im Investitionsbudget (082210) wurden zusammengefasst und erst bei der Buchung durch die Kämmerei aufgeteilt.

Erhebliche Neubeschaffungen werden für das Johannes-Butzbach-Gymnasium Miltenberg und die Berufsschulgebäude erforderlich.

Außenanlagen:

Auch bei den Außenanlagen liegt ein Schwerpunkt bei der Janusz-Korczak-Schule Elsenfeld. Hier soll der südliche Innenhof überarbeitet und auf dem Schulhof eine Unterstellmöglichkeit für Regenwetter erstellt werden.

Für die Heinrich-Ernst-Stötzner-Schule Miltenberg ist die Schaffung einer Bolzmöglichkeit vorgesehen.

Bei der Berufsschule Obernburg wird die Außenanlage für Außenlager und Übungshütte umgebaut.

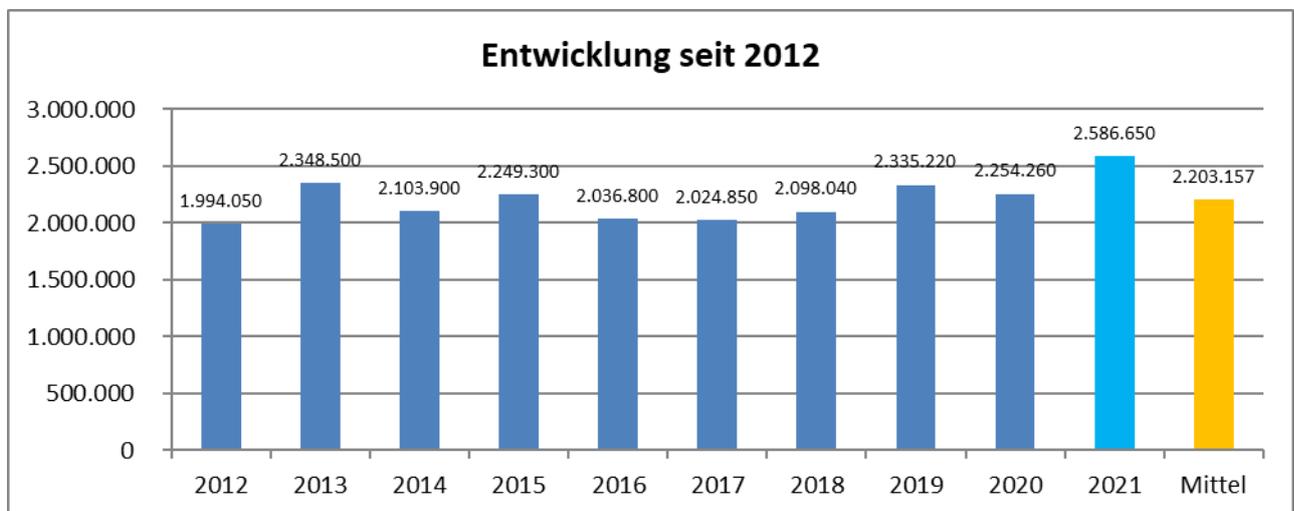
Schließlich ist am Gärtnerbauhof in Elsenfeld eine Lagermöglichkeit für Schüttgüter geplant.

Klimaschutz:

Das bisherige Engagement in diesem Bereich soll weitergeführt werden. Die durchgeführten Kleinmaßnahmen sollen fortgeführt und ausgebaut werden.

Entwicklung:

Die Grafik stellt die Entwicklung des Aufwandsbudgets seit 2012 dar:

**Investitionsbudget:**

Das Investitionsbudget des UB 5 umfasst für 2021:

6,44 Mio. €

Das Investitionsbudget sieht zum einen die Fortführung der laufenden Baumaßnahmen vor: **Johannes-Butzbach-Gymnasium Miltenberg** und **Zweifachsporthalle Obernburg**, **Umbau Umkleide an der Berufsschule Obernburg Lehrwerkstatt** mit insgesamt ca. 5,2 Mio. €.

Weiterhin werden Planungen im Umfang von ca. 400.000 € für die Baumaßnahmen der kommenden Jahre eingeleitet, um eine Grundlage für Entscheidungen zu bekommen.

Hierzu zählen:

- Anbau an das Landratsamt Miltenberg. Die Raumnot ist hier mittlerweile sehr groß und konnte nur durch die Anmietung von Büroflächen kompensiert werden.
- Sanierung der Sporthalle des Hermann-Staudinger-Gymnasiums Erlenbach und Johannes-Butzbach-Gymnasiums Miltenberg
- Rettungswache am Knoten 3 in Miltenberg
- Berufsschule Standort Miltenberg

An baulichen Maßnahmen sind im investiven Bereich insgesamt 840.000 € für folgende Punkte vorgesehen:

- Entstaubungsanlage Berufsschule Obernburg Lehrwerkstatt
- Trafostation für Schulzentrum Eisenfeld
- Nachrüstung Hausalarm Berufsschule Obernburg
- Einbau Aufzug in der Janusz-Korczak-Schule Eisenfeld
- Weiterführung des Photovoltaikprogramms
- Kleinmaßnahmen

Endlich konnte auch eine Einigung zu den noch ausstehenden Honoraren für das Schulzentrum erreicht werden.

Kreisrat Scholtka stellt die Frage, welche Kleinmaßnahmen im Bereich Klimaschutz gemeint seien.

Weiterhin möchte er wissen, woher die 10% Steigerung des Aufwandsbudgets käme, da diese sich nicht alleine durch die Übernahme des Karl-Ernst-Gymnasiums erklären lasse. Er merkt an, dass der Empfehlungsbeschluss unter Vorbehalt der Gesamtschau des Haushaltes beschlossen werden sollte.

Landrat Scherf unterstreicht die Anmerkung, dass der heutige Beschluss die fachliche Einschätzung betreffe. Wenn man bei den Haushaltsberatungen aus politischer Sicht Probleme sehe, könne man noch einmal diskutieren.

Herrn Wosnik antwortet zu Frage 1, dass darunter Beratungs- und Planungsleistungen für Klimaschutz zu sehen seien ebenso wie relevante Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit und die Beteiligung an der Energieagentur.

Zur Steigerung des Budgets erklärt Herr Wosnik, dass die Wärmeerzeugungsanlage am Landratsamt Miltenberg erneuert werde. Wenn man diese rausnehme, sei man im alten Bereich. Zudem hätten die Wartungsleistungen mittlerweile einen großen Anteil am Aufwand. Mangels Personal müsse man die Wartungsarbeiten ausschreiben.

Kreisrat Schuck möchte wissen, was mit dem Lager am Gärtnerstützpunkt Eisenfeld gemeint sei.

Herr Wosnik antwortet, dass damit Schüttgutboxen gemeint seien. Die Ausführung müsse noch geplant werden.

Weiterhin möchte Kreisrat Schuck wissen, ob es beim Landratsamt Planungen bezüglich Anmietung, Kauf oder evtl. Neubau gebe.

Landrat Scherf antwortet, dass im Investitionsbudget die Planungskosten zur Prüfung für einen Anbau des Landratsamtes enthalten seien, da Anmietung von Büroflächen auf Dauer bedeutend teurer und ineffizient sei.

Kreisrat Dr. Fahn fragt zur Fortführung des bisherigen Engagements im Klimaschutz, welche Maßnahmen gemeint seien.

Herr Wosnik antwortet, dass damit u.a. die Led-Beleuchtung an Schulen, das Photovoltaik-Programm, Shared Mobility, das Radwegkonzept und dessen Auswirkung auf das Energiemanagement, das Energiemanagement des Hauses und die Energiebeschaffung gemeint sei.

Kreisrat Scholtka merkt an, dass es bei der KfW sehr gute Förderprogramme gebe z.B. für die Umrüstung auf LED. Er geht davon aus, dass diese von der Verwaltung auch genutzt würden.

Herr Wosnik sagt, dass ein Engagement des Herrn Randig ebenfalls sei, dass er bei Maßnahmen genau prüfe, ob sie förderfähig seien. Die BAFA sei auch ein wichtiger Fördergeber ebenso wie der PTJ. Die Prüfung von Förderungen sei mittlerweile sogar im Prozessmanagement des UB 5 eingebaut.

Der Ausschuss für Energie, Bau und Verkehr empfiehlt dem Kreistag einstimmig,

den Maßnahmen und dem Haushalt 2021 (Aufwandsbudget und Investitionsbudget) für die Liegenschaften des Landkreises Miltenberg zuzustimmen.

Tagesordnungspunkt 3.2:

Beratung und Beschlussfassung über den Kreisstraßenhaushalt 2021 und Zustimmung zu den Projektausführungen im Landkreis Miltenberg

Herr Dittrich, UB 5.1 – Nord, trägt vor, dass für das Aufwandsbudget "**Unterhalt an Straßen und Wegen**" der 213 km Kreisstraßen **1.016.000 €** veranschlagt werden. Die Einzelaufteilung für die Betriebskostenrechnung, Straßenunterhalt, Bauwerksanierung, Straßengrün-Pflegekosten, Markierung, Schutzeinrichtungen, Beschilderung, Kfz- und Geräteunterhalt, Arbeitsschutz und Winterdienstkosten erfolgt in Anlehnung an die Ausgabenstände aus dem Vorjahr und kann aus der Budgetliste entnommen werden (u. a. für den Winterdienst mit Salzkauf 150.000 €, für Kfz- und Geräteunterhalt 161.000 €, für Betriebskostenrechnung 120.000 €). Die Betriebskostenrechnung beinhaltet Planung, Fahrzeug- und Personalverrechnungen sowie anteilige Gemein- und Betriebskosten.

Insgesamt wird für dieses Budget damit eine Erhöhung von **91.000 €** gegenüber 2020 vorgenommen.

An Aufwendungen für Mieten und Pachten für die Unterbringung des Fuhrparks in Garagen und Kfz-Stellplätzen sind weitere **4.500 €** erforderlich.

Zu den Unterhaltungskosten zählen auch die Kosten für Personalnebenaufwendungen wie med. Untersuchungen, Schulungen und Führerscheinkosten bei Auszubildenden. Der Aufwand wird mit **14.000 €** veranschlagt.

Unter vermischten Aufwendungen sind, wie die Jahre zuvor, die Ausschilderungskosten in Höhe von **2.000 €** für die überregional vorhandenen Radwege im Landkreis Miltenberg aufgenommen.

Für die Grundlagenkonzeptionierung „Südspessartbrücke“ sieht der Landkreis eigene Mittel in Höhe von **10.000 €** vor.

Für die Betreuung der Kreisstraßen durch das Staatl. Bauamt Aschaffenburg, insbesondere die Aufwandserstattung an den Freistaat Bayern (eigentlich 800 €/km Straße), ist für 213 km Kreisstraßen ein Betrag von **127.800 €** anzusetzen, da lediglich 600 €/km abgerechnet werden.

Auch 2021 sind wieder Ersatzbeschaffungen von Arbeitsgeräten und Maschinen notwendig. Für beide Straßenmeistereien sind Beschaffungen in Höhe von insgesamt **146.000 €** erforderlich.

Im Einzelnen sind dies für die Straßenmeisterei Miltenberg die Ersatzbeschaffung eines Randstreifenmähergerätes in Höhe von **73.000 €** und die Beschaffung eines Kolonnentransporters in Höhe von **55.000 €** sowie für die Straßenmeisterei Mainaschaff die Beschaffung eines Anhängers in Höhe von **18.000 €**.

Für den laufenden Unterhaltungsbetrieb und die Grünpflege sind weitere Ersatzbeschaffungen von Motorsägen, Motorsensen und Werkzeugen vorgesehen. Für diese Art der Betriebsausstattung sind **15.000 €** angesetzt.

Auf Grundlage von gesetzlichen Vorgaben hat der Landkreis im Zuge von gemeindlichen Kanalsanierungen Kanalbeiträge an die Gemeinden zu zahlen. Diese Investitionsaufwendungen sind gemäß OD-Richtlinien gesetzlich geregelt und werden in entsprechenden Vereinbarungen dokumentiert. Diese Investitionen werden als Abschlag mit **10.000 €** veranschlagt. Diese Teilzahlung resultiert aus der Maßnahme der „OD Rossbach-Leidersbach“.

Die Gesamtsumme für den Bereich „Anlagen im Bau, Neubau, Ausbau und Deckenbau“ in Höhe von **1.458.000 €** gliedert sich, wie aus der Liste ersichtlich, wie folgt auf:

Für die Sanierung eines Teilstückes der MIL 10 Reichertshausen – LG (Geisenhof), sind als Restabwicklung **23.000 €** eingeplant.

Für den zweiten Bauabschnitt der Deckenerneuerung der MIL 10 Neudorf - Reichertshausen werden **300.000 €** eingestellt.

Für die Erneuerung der Überführung der MIL 11 über den Leidersbach in Leidersbach sind für 2021 **30.000 €** eingeplant. Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich auf ca. 660.000 €.

Für den Umbau der Einmündung St 2309/MIL 12 (Wenseldorf) liegt der Kostenanteil des Landkreises bei ca. **40.000 €**.

Für die Einmündung der MIL 13 in die St 2309 (Heppdiel) ist ebenfalls ein Kostenanteil des Landkreises in Höhe von **5.000 €** eingeplant.

In 2021 soll mit dem 1. Bauabschnitt der Erneuerung der OD Rossbach (MIL 25) begonnen werden. Hier sind für Abschlagszahlungen **230.000 €** eingestellt.

Für die Deckenbausanierung der MIL 30 OD Soden, BA VI wird mit einem Landkreisanteil **40.000 €** gerechnet.

Für den Deckenbau der MIL 35 Altenbuch Ri. Landkreisgrenze AB wird mit Kosten in Höhe von **740.000 €** gerechnet.

Für den Bau des neuen Kreisverkehrplatzes (KVP) in Sulzbach in Verbindung mit der St 2309 werden für 2021 als Anteil des Landkreises **50.000 €** eingeplant.

Der Gesamthaushaltsansatz **2021** für die Ausgaben der Produktgruppen Kreisstraßen beträgt somit für das Aufwandsbudget **1.174.300 €** (1.137.200 € in 2020) und für das Investivbudget (Fahrzeuge, Anbaugeräte, Investitionsaufwendungen an Gemeinden und für Anlagen im Bau) **1.669.000 €** (1.775.000 € in 2020).

Den Ausgaben stehen Zuwendungseinnahmen in Höhe von **230.000 €** (VN MIL 35 Faulbachbrücke Altenbuch) gegenüber.

Als Förderung des Landkreises werden im Rahmen der „Investitionskostenförderung“ auf Grundlage der Ergebnisse aus dem „Landkreisweiten Radwegekonzeptes“ für **gemeindeeigene** Maßnahmen Fördermittel in Höhe von **220.000 €** eingestellt.

Außerdem werden **200.000 €** für **landkreiseigene** Maßnahmen (Planung und Bau) in den Haushalt eingestellt.

Kreisrat Wolz möchte wissen, ob der Deckenbau der MIL 35 komplett von Altenbuch bis zur Landesgrenze erfolgen werde.

Herr Wosnik bejaht.

Kreisrat Dr. Fahn fragt nach einer Erklärung zur Grundlagenkonzeptionierung „Südspessartbrücke“, für die der Landkreis eigene Mittel in Höhe von 10.000 € vorsehe.

Landrat Scherf erklärt, dass man eine kommunale Arbeitsgruppe mit den Gemeinden aus dem Südspessart gebildet habe unter Beteiligung des Staatlichen Bauamtes und mit Freudenberg, um das Projekt Umsetzung der staatlichen Brücke Kirschfurt – Freudenberg zu begleiten und voranzutreiben und parallel dazu die Fragestellung der Gemeinden im Südspessart nach einer möglichen weiteren Querung zu beantworten. Das Staatl. Bauamt sage, dass es nicht einzig und alleine Auftrag des Staatl. Bauamtes sei, da es noch keinen Planungsauftrag gebe. Deswegen brauche man die begleitende Arbeit für diese Unterstützung in dem Arbeitskreis.

Im vergangenen Jahr habe man davon einige tausend Euro für die Untersuchung möglicher Standorte gebraucht. Mit diesen Ergebnissen müssten sich jetzt die Gemeinden im Spessart auseinandersetzen.

Diese Arbeit sei sehr wichtig. Wenn man ein staatliches Projekt umsetzen möchte wie die Brücke und Umfahrung Kirschfurt-Freudenberg, dann sei es sehr wichtig, dass alle Beteiligten mit im Boot seien und gemeinsam an einem Strang ziehen würden.

Kreisrat Schuck sagt, dass es in Elsenfeld die Sache mit dem Hochwasserschutz gebe. Er fragt, ob es innerbetrieblich auch vom Landratsamt Möglichkeiten gebe, auf diesem Deich eine Radverbindung zu unterstützen.

Landrat Scherf sagt, dass dazu eine mögliche Radwegeverbindung erst einmal im landkreisweiten Radwegekonzept auftauchen müsste. Dies sei die Grundlage dafür, dass der Landkreis für die Umsetzung von Radwegprojekten in Sachaufwandsträgerschaft der Gemeinde eine finanzielle Unterstützung gebe. Nachdem es diesen Damm nicht gebe und er im landkreisweiten Radwegekonzept nicht vorhanden sei, müsse man das Thema vorerst in Elsenfeld belassen.

Herr Wosnik ergänzt, dass es im Radverkehrskonzept Verbindungen gebe, die den Main begleitend laufen. Natürlich würden die jetzt erst einmal nicht auf dem Damm laufen. Insofern müsse man genau sehen, wo der tatsächliche Trassenverlauf sei. Wenn Elsenfeld dahingehend etwas vorhabe, stehe es Elsenfeld genau wie allen anderen Gemeinden offen, sich an den Landkreis zu wenden, um in das Förderprogramm des Landkreises aufgenommen zu werden.

Kreisrat Wolz stellt den **Antrag**, dass das Gremium des Arbeitskreises „Mobilität Südspessart“ um die Kreisrät*innen aller Fraktionen aus dem Südspessart erweitert werde. Das Gremium würde zwar um einige Personen größer werden, aber die Sinnhaftigkeit würde dadurch nicht schlechter.

Landrat Scherf werde das in der nächsten Arbeitskreissitzung mit den Bürgermeistern und dem Staatl. Bauamt besprechen. Momentan sei es ein verwaltungsinternes und kein politisches Gremium.

Kreisrat Wolz sagt, dass es ein Projekt der beiden Landkreise werde, d.h., dass die Kreisrät*innen dann auch wieder im Boot seien.

Landrat Scherf antwortet, dass er sich dieser Argumentation anschließen könne. Man müsse allerdings abwarten, bis eine tatsächliche Realisierungsperspektive da sei. Davon sei man aber noch sehr weit weg. Wenn es absehbar sei, wäre es ein Thema für die Kreisgremien.

Kreisrat Dr. Fahn unterstützt den Vorschlag von Kreisrat Wolz. Die 10.000 € seien Geld des Landkreises, daher wäre es sinnvoll, wenn erfahrene Kreisrät*innen im Gremium mit dabei seien.

Der Ausschuss für Energie, Bau und Verkehr empfiehlt dem Kreistag

einstimmig,

dem Kreisstraßenhaushalt 2021 sowie der Ausführung der Projekte im Zuge der Deckensanierung und des Straßenausbaus des Landkreises mit den nachfolgend aufgeführten Einzelsummen gemäß Haushaltsliste zuzustimmen:

- 1.016.000 € für den Unterhalt an Straßen und Wegen einschließlich Kosten aus der Betriebskostenrechnung
- 158.300 € Summe aus Aufwendungen für Pachten, Personalnebenaufwendungen, vermischten Aufwendungen und Erstattung der Straßenbetriebskosten an den Freistaat Bayern
- 161.000 € für Fahrzeuge, Anbaugeräte, Werkzeuge und verschiedene motorisierte Geräte sowie Betriebsausstattungen an Straßen
- 10.000 € für Investitionsaufwendungen an Gemeinden (Kanalbeitrag und Borde)
- 1.458.000 € für Anlagen im Bau hinsichtlich der Straßeninstandhaltung/-instandsetzung und gemeinsamer Projekte im Zuge von gemeindlichen Leitungssanierungen im Ver- und Entsorgungsbereich einschließlich Restabwicklungen der Maßnahmen aus den Vorjahren
- 40.000 € für Verkehrsanlagen
- 230.000 € Zuwendungseinnahmen

Tagesordnungspunkt 4:

nachträglich auf TO: Antrag Andreas Adrian, DIE LINKE, zu einer möglichen Querung der MIL 38 in Großwallstadt

Kreisrat Andreas Adrian (Die Linke) stellt den Antrag, einen Fußgängerüberweg an der Kreisstraße MIL38 in Großwallstadt zu errichten. Ebenso beantragt er die Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit an der Kreisstraße MIL38 in Großwallstadt.

Landrat Scherf antwortet, dass der Antrag zwar Angelegenheit der staatlichen Verkehrsbehörde sei, er dem Kreistagsmitglied im Konsens mit dem Ausschuss dennoch die Gelegenheit geben wolle, sein Anliegen vorzutragen.

Zur Querungssituation MIL 38 Großwallstadt stellt Landrat Scherf dar, dass die Stelle außerorts sei und hier keine Querungsmöglichkeit vorgesehen sei, sich aber ein „Trampelpfad“ entwickelt habe. Die Anordnung einer niedrigeren Geschwindigkeit als das momentane Tempo 70 wäre nur möglich, wenn es sich um eine Ortsstraße handele. Das ist dort aber nicht der Fall, da die benachbarte Odenwaldstraße keine verkehrliche Beziehung zum gegenüberliegenden Gewerbegebiet besitzt. Die Stelle werde dennoch zum Queren der Kreisstraße genutzt, obwohl in einer Entfernung von 250 Metern zwei Übergangsmöglichkeiten bestehen.

Die Gemeinde habe sich jedoch bisher nicht förmlich dazu erklärt, ob sie hier eine Wegeverbindung in das Gewerbegebiet erstellen will.

Die Gemeinde Großwallstadt habe, wie Bürgermeister und Kreisrat Roland Eppig darstellt, schon häufiger um Prüfung gebeten, ob man das Ortsschild nicht versetzen und damit Tempo 50 anordnen könne.

Landrat Scherf antwortet, dass das die Verkehrsbehörde aufgrund gesetzlicher Vorschriften nicht ermöglichen könne. Die Unfallkommission habe sich laut Landrat die Unfallstelle sofort angeschaut und als erste Maßnahme in Absprache mit der Gemeinde die Aufstellung eines Bauzauns entlang der Kreisstraße veranlasst.

Da das aber keine Dauerlösung sein könne, sei inzwischen mit Bürgermeister Eppig vereinbart worden, dass auf Wunsch der Gemeinde Großwallstadt Möglichkeiten, an dieser Stelle eine offizielle Fußgängerquerung herzustellen, federführend durch das Landratsamt unter Mitwirkung der Fachbehörden geprüft werde.

Hierzu sollte die Gemeinde als Grundlage für die Prüfung ihre Planungsvorstellungen zu der Wegeverbindung konkretisieren (Radverkehr, Fußgänger, Trassenführung, Grundstücksangelegenheiten).

Das Ergebnis der Prüfung werde gemeinsam mit der Gemeinde erörtert. Soweit die Gemeinde dann eine Umsetzung anstreben wolle, sei eine entsprechende Vereinbarung mit dem Landkreis zu erarbeiten und zu schließen und die Kostenteilung zu klären.

Diese Vereinbarung wäre dann durch den Ausschuss zu beraten und zu beschließen.

Über das weitere Vorgehen wird in einer der nächsten Sitzungen informiert.

Der Ausschuss nimmt den Antrag zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5:

Anfragen

Kreisrat Dr. Fahn spricht das vom Kreistag am 28.05.2019 einstimmig verabschiedete landkreisweite Radverkehrskonzept an. Dabei sei angeregt worden, Vor- und Nachteile einer Mitgliedschaft in der „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V.“ zu prüfen. Er bittet um Erledigung. Bei Kommunen, die Mitglied in dieser Arbeitsgemeinschaft seien, hätte sich das positiv ausgewirkt.

Landrat Scherf antwortet, dass er den Vorsitzenden dieses Arbeitskreises angeschrieben, aber keine Antwort bekommen habe.

Herr Wosnik erklärt zur Prüfung, dass seitens der Verwaltung eine Mitgliedschaft befürwortet würde. Weiter habe man nichts unternommen, da die Personaldecke nicht ausreichend sei.

Landrat Scherf ergänzt, dass die Erinnerung von Kreisrat Dr. Fahn gut sei. Er werde noch einmal bei dem Arbeitskreis nachhaken sowie bei nächster Gelegenheit beim Landkreis Aschaffenburg nachhören, was deren Gründe seien, dass sie nicht Mitglied sind.

gez.

Scherf
Vorsitzender

gez.

Zipf-Heim
Schriftführerin